

Beitrag von Michael Wimmer zusammen mit Anke Schad für die Kulturpolitischen Mitteilungen Stand 15. November 2007

Kurzbericht zu „Vielfalt und Kooperation – Kulturelle Bildung in Österreich – Strategien für die Zukunft“ – Eine Studie von EDUCULT¹ im Auftrag des Österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Die österreichische Kulturpolitik zeichnet sich traditionell durch zwei Charakteristika aus: zum einen ist da der starke Bezug zu einem vorrepublikanischen kulturellen Erbe und zum anderen die weitgehend angebotsorientierte Ausrichtung auf künstlerische Produktion.

Dagegen meinten die kulturpolitischen EntscheidungsträgerInnen die längste Zeit, die Änderungen des kulturellen Verhaltens der NutzerInnen, BesucherInnen, Zuschauer- und ZuhörerInnen und damit der RezipientInnen unberücksichtigt lassen zu können; ein Fehler, der sich nicht nur bei den sinkenden Auslastungszahlen im Kulturbetrieb zu rächen beginnt. Die negativen Konsequenzen zeigen sich auch in einem jüngst veröffentlichten „Kulturmonitoring“ in Form einer erstmals seit den späten 1980er Jahre wieder durchgeführten repräsentativen Umfrage. Demnach befürwortet mittlerweile nur mehr eine Minderheit der österreichischen Bevölkerung öffentliche Kunst- und Kulturförderung, während eine Mehrheit von bereits 60% meint, das damit erzielte kulturelle Angebot habe mit ihnen nichts tun.²

Kulturelle Partizipation und Kulturelle Bildung im Regierungsübereinkommen

Die seit Februar dieses Jahres amtierende Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Konservativen hat sich vorgenommen, dieser schleichenden Marginalisierung von Kunst und Kultur entgegen zu wirken. In ihrem Regierungsübereinkommen findet sich folgerichtig die Absichtserklärung, kultureller Partizipation aber auch um dem Ausbau kultureller Bildung künftig besonderes Augenmerk schenken zu wollen: „Das bedeutet mehr Kunst und Kultur an Schulen und die Entwicklung neuer Formen der Kulturvermittlung gemeinsam mit bestehenden Kultureinrichtungen.“³ Einschränkend haben die politischen VerhandlungsführerInnen vorsorglich den Passus hinzugefügt „unter Bedachtnahme auf die bestehenden Ressourcen.“

Die für Unterricht, Kunst und Kultur mit der Durchführung dieses Regierungsprogramms beauftragte Bundesministerin Claudia Schmied hat seither in ihren öffentlichen Äußerungen immer wieder darauf hingewiesen, dass kulturelle Bildung ein „Herzstück“ ihrer Überlegungen darstellt, „wenn es darum geht, Bildung, Innovation und Kreativität viel stärker gemeinsam zu denken“⁴.

¹ EDUCULT – Institut für die Vermittlung von Kunst und Wissenschaft ist eine kultur- und bildungspolitische Forschungs- und Beratungseinrichtung, die sich in besonderer Weise um Fragen der kulturellen Bildung sowie der Kunst- und Kulturvermittlung bemüht. Sie hat ihren Sitz im Wiener MuseumsQuartier

² Institut für Empirische Sozialforschung (ifes) (2007): Kultur-Monitoring Studienbericht 2007, Wien

³ Bundeskanzleramt (2007): Regierungsprogramm für die XXIII. Legislaturperiode, S. 156

⁴ Claudia Schmied am 9. Mai 2007 bei einer Diskussion zum Thema "Zukunft (kultureller) Bildung? - Szenarien, Trends und notwendige Innovation", Presseaussendung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, <http://www.kulturpolitik.spoe.at/online/page.php?P=33346>

In ihren Statements spielt die Beschäftigung mit Kunst und Kultur eine zentrale Rolle beim Erwerb von Kompetenzen, wobei sie kulturelle Bildung mit der Fähigkeit verbindet, sich in sich fortwährend ändernden, oft unübersichtlichen und komplexen Lebenswelten zu orientieren und daran gestaltend mitzuwirken. Claudia Schmied möchte kulturelle Bildung vor allem im Rahmen einer schulischen Lehr- und Lernkultur umgesetzt sehen, die auf die umfassende Entwicklung der individuellen Talente und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist.

Weniger ambitioniert sind die Vorgaben hingegen im Bereich der öffentlichen Kultureinrichtungen, die ebenfalls in den Kompetenzbereich der Bundesministerin fallen. Hier sieht das Koalitionsabkommen vor, vorerst einmal Überlegungen anzustellen, die Bundesmuseen einmal monatlich für alle BesucherInnen frei zugänglich zu machen.

Daten und Fakten

Dem Regierungsprogramm folgend, das im Sinne einer Verbesserung von Evidence-Based-Policy auch eine qualitative Verbesserung der empirischen Daten im Bereich der kulturellen Partizipation vorsieht, hat Claudia Schmied EDUCULT im Frühsommer 2007 mit einer österreichweiten Recherche zu den Bedingungen kultureller Bildung betraut. Immerhin wurden bislang zentrale Eckdaten wie Ressourcenverteilung oder Personalentwicklung, nicht zu sprechen von nachvollziehbaren Wirkungsabschätzungen überhaupt nicht erhoben und konnten so auch nicht Eingang in den kulturpolitischen Entscheidungsprozess finden.

Schmied erhoffte sich von einer solchen Beauftragung nicht nur eine Verbreiterung des Interesses und der Neugierde gegenüber kultureller Bildung. Dazu wünschte sie sich eine leicht fassliche Vorstellung der bestehenden Praxis, darüber hinaus Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen anhand strategischer Empfehlungen.

Aufgrund eines sehr engen Zeitplans haben sich die AutorInnen zu einer Umsetzung dieses Auftrags im Sinne einer aktivierenden Begleitforschung entschieden. Durch Interviews bzw. die Organisation von Runden Tischen in ganz Österreich konnten wir Stimmen von mehr als 100 AkteurInnen aus dem Schul- und Bildungs-, bzw. Kunst-, Kultur- und Jugendbereich einholen. Dabei zeigte sich, dass bereits jetzt eine Vielzahl von Aktivitäten stattfindet. Davon kann man sich in Kurzdarstellungen von rund fünfzig, nach unterschiedlichen Kategorien geordneten Einzelprojekten unschwer überzeugen. Diese leben aber in der Regel vom besonderen Engagement und Enthusiasmus der einzelnen BetreiberInnen, die sich oft gegen die bestehenden Strukturen durchsetzen müssen. Viele von ihnen arbeiten isoliert und wissen nichts oder nur sehr wenig voneinander, was sie zwingt, in zum Teil zermürender Weise das Rad immer wieder neu zu erfinden.

Die Äußerungen bestätigten aber die Vermutung, dass Kulturvermittlung als Form der „konsequenten Besucherorientierung“⁵ im österreichischen Kulturbetrieb bis her nicht verankert ist. Dieser Befund gilt auch dort, wo Schulklassen einen Großteil der BesucherInnen ausmachen. In der Regel geht es um besonders knappe Budgets, die ständigen Kürzungsdrohungen ausgesetzt sind und von freien MitarbeiterInnen

⁵ Siehe dazu: Klein, Armin (2007): „Der exzellente Kulturbetrieb“, Wiesbaden

verwaltet werden, die keinen Zugang zur strategischen Ausrichtung der Kunst- und Kultureinrichtungen haben.

Eine gemeinsame strategische Herangehensweise tut Not

Aus den Rückmeldungen ergab sich ganz unmittelbar der Bedarf einer gemeinsamen Strategieentwicklung. Gefordert wurde die Entwicklung eines überzeugenden, politisch umsetzbaren Zukunftsszenarios. Dieses sollte als Grundlage für die Erarbeitung eines konkreten Ziele- bzw. Maßnahmenkataloges dienen, der sowohl qualitativ als auch quantitativ nachvollziehbare Kennziffern enthält: Wie soll kulturelle Bildung in Österreich in 10 Jahren verankert sein oder konkreter: Mit welchen Mitteln und Ressourcen sollen welche Wirkungen erzielt werden?

Im Unterschied zur deutschen Situation, wo kulturelle Bildung mittlerweile zu einem breit diskutierten öffentlichen Thema geworden zu sein scheint, machten die GesprächspartnerInnen auf einen eklatanten Mangel an öffentlichem Diskurs in Österreich aufmerksam. Viele bedauerten, allzu sehr „im eigenen Saft zu braten“ und dadurch darauf verwiesen zu sein, die ohnehin bereits Überzeugten mit den immer gleichen Argumenten immer wieder neu zu überzeugen. Dass eine solche tendenzielle Hermetik nachteilige Auswirkungen auf die Qualitätsentwicklung kultureller Bildung hat, kann an dieser Stelle nur angemerkt werden.

EDUCULT versuchte, in die Bestandsaufnahme auch fachfremde Positionen zum Thema einzuarbeiten. So finden sich eine Reihe von Stellungnahmen von KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, Journalisten aber auch Wirtschaftstreibenden, die aus ihrer Interessenslage heraus mit zum Teil sehr überzeugenden Argumenten auf die Bedeutung kultureller Bildung hingewiesen haben. Diese könnten im Sinne einer künftigen strategischen Ausrichtung für die Erarbeitung eines gesamtösterreichischen Öffentlichkeitsarbeitskonzeptes genutzt werden. Immerhin stellen die Eltern, darüber hinaus Arbeitsgeber- und Arbeitnehmervertretungen und natürlich die Medien wichtige Meinungsträger dar, die man nicht beliebig außen vor lassen sollte.

Eine solche breitere Herangehensweise im Sinne von Advocacy und Lobbying zur Einbeziehung neuer Zielgruppen bzw. zur Schaffung neuer, traditionelle Kompetenzgrenzen überschreitender Partnerschaften würde es möglich machen, das Thema kulturelle Bildung überall dort einzubringen, wo positive Effekte auch in anderen Fachbereichen Fachgrenzen (Soziales, Integration, Naturwissenschaften und Technik, Wirtschaft,...) erbracht werden können. Umgekehrt könnten damit verstärkt Argumente und Know-how außerhalb der eigenen, oft engen ExpertInnensicht für die Ziele kultureller Bildung genutzt werden. Dass dafür eine größere Bereitschaft vorhanden ist, als so manche lieb gewordene Vorurteilspflege hat vermuten lassen, bestätigen die konkreten Beiträge.

Erfreulich war es zu beobachten, dass es im Zuge der Recherchen zu einer Reihe von positiven Begegnungen gekommen ist, die sich in der Regel nicht in einem Rasonnement über ungenügende Mittelzuweisung erschöpft haben. Stattdessen entwickelte sich ein durchaus kontroverser, weil politisch, weltanschaulich oder auch ästhetisch unterschiedlich unterlegter Meinungsaustausch unter potentiellen Partnern, die im Kleinstaat Österreich bislang nichts voneinander wussten. Entsprechend groß war der Wunsch nach einer Intensivierung des regelmäßigen

Informations- und Erfahrungsaustausches, der etwa die die Errichtung eines gesamtösterreichisches Portals zu „Kultureller Bildung in Österreich“ nahelegt.

Struktureller Entwicklungsbedarf

Über diese grundsätzlichen Anforderungen hinweg erbrachte die Studie einen strukturellen Entwicklungsbedarf. Dies beginnt bei der Notwendigkeit einer innerministeriellen Koordination. Zurzeit verwalten die einzelnen Fachabteilungen, weitgehend unabgesprochen und daher gegen jeden Effizienzanspruch Projekte und Programme ganz unterschiedlicher Reichweite, Dauer und daher auch Wirksamkeit. Aufgrund ihres isolierten Charakters erreichen sie nie so etwas wie eine kritische Masse, die in der Lage wäre, die österreichische kulturelle Bildungslandschaft nachhaltig weiter zu entwickeln nicht. Dies betrifft auch den Bedarf einer besseren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, die ebenfalls bislang weitgehend unbezogen aufeinander agieren und es folgerichtig weitgehend dem Zufall überlassen, wo was wie passiert.

Zurzeit überlegt das Ministerium die Einrichtung einer zentralen Koordinations- bzw. Stabsstelle, deren Aufgabe es wäre, ein Mainstreaming der verschiedenen Ansätze zu versuchen. Gleichermäßen wichtig erscheint die Errichtung eines Strategiezentrams in Form einer Steuerungsgruppe von ExpertInnen aus Kunst, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialpartnern und Medien, um zu gewährleisten, dass strategische Vorgaben nicht nur konzipiert sondern auch umgesetzt und in der Folge auch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Dazu bedarf es aber auch der Beauftragung eines Expertise-Centers (z.B. nach dem niederländischem Vorbild des Cultuurnetwerk Nederland), dessen Hauptaufgabe in einer Verbesserung der Datenlagen als Grundlage für künftige strategische Entscheidungen besteht.

Wesentlich ist darüber hinaus die Organisation von Referenzprojekten, bei denen sich Österreich Anleihen bei „Creative Partnerships“ in England oder „Kinder zum Olymp!“ in Deutschland nehmen könnte. Diese würden nicht nur zur Vernetzung und Erweiterung der bestehenden Szene beitragen, sie würden auch Incentives zur laufenden Qualitätsdiskussion schaffen, vor allem aber im Sinne von symbolischer Politik das Interesse breiterer Bevölkerungskreise wecken.

Für eine Neue Lehr- und Lernkultur

Gleichzeitig mit der Fertigstellung des Berichts im Oktober 2007 wurde die aktuelle kultur- und bildungspolitische Diskussion in Österreich völlig überlagert von einem koalitionsinternen Streit zur Einführung einer „Neuen Mittelschule“⁶ als gemeinsame Schule der 10-14jährigen, was unter anderem bedeutet, dass wir auf konkrete ministerielle Umsetzungsschritte einer solchen Strategiebildung noch warten müssen.

Entgegen den Beharrungskräften weiter Teile der Konservativen hat sich in den letzten Monaten eine Allianz aus SozialdemokratInnen, VertreterInnen der

⁶ In Österreich wird derzeit mit 9 Jahren über die weitere Schulkarriere der Kinder in einem dualen System (Gymnasium oder Hauptschule) entschieden. Durch den Begriff „Neue Mittelschule“ möchte man sich bewusst vom negativ besetzten Begriff der Gesamtschule absetzen, um ein innovatives, avanciertes Schulmodell zu entwickeln.

Industriellen-Vereinigung und Teilen der katholischen Kirche formiert, die den Charakter der öffentlichen Schulen als staatliche Agenturen zur ungleichen Zuteilung von Lebenschancen von SchülerInnen entlang der sozialen Stellung der Eltern beenden will. Ziel dieser Allianz ist es, zumindest mittelfristig das derzeitige duale Bildungsangebot von Hauptschule für die sozial Schwachen und Gymnasium für die Krisengewinner von einer „gemeinsamen Schule der Vielfalt“ abzulösen.

Dazu hat Ministerin Schmied eine ExpertInnen-Gruppe beauftragt, überzeugende Vorstellungen für einen Paradigmenwechsel der österreichischen Schulkultur zu entwickeln. Diese fußen im Wesentlichen auf Vorstellungen einer neuen Lehr- und Lernkultur in einer Schule als einem „kulturellen Zentrum“⁷, in dem „Kunst und Kultur nicht mehr ein abgedrängtes Nischendasein führen“ sondern „die gesamte Arbeit der Schule durchdringen“.⁸

Es wäre zu hoffen, dass die Empfehlungen des Berichts „Vielfalt und Kooperation“ dazu beitragen könnten, in der „Neuen Mittelschule“ exemplarisch zeigen zu können, welchen Beitrag kulturelle Bildung und damit die ganze Vielfalt der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur für die umfassende Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu leisten vermag, um diese Vorgaben mit Leben zu erfüllen.

Interessierten sendet EDUCULT nach Erhalt eines Mails an office@educult.at die Studie „Vielfalt und Kooperation“ gerne als pdf-Datei zu.

⁷ ExpertInnen-Kommission „Zukunft der Schule“ (2007): Erster Zwischenbericht 14.11.2007, Wien, S. 12

⁸ ExpertInnen-Kommission „Zukunft der Schule“ (2007): Erster Zwischenbericht 14.11.2007, Wien, S. 22f